

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 136.

Veranstaltet mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

1922.

Landtagsverhandlungen.

103. Sitzung.

Mittwoch, den 5. April 1922.

Präsident Frickhoff eröffnet 11 Uhr 10 Minuten vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Ministerpräsident Buch, sämtliche Minister und eine große Anzahl Regierungsvertreter.

Auf Wunsch mehrerer Fraktionen wird Punkt 20 und 21, die erste Beratung über die Vorlagen Nr. 109 und 110, die Entwürfe von Gesetzen über die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen und über die Wahlen hierzu betreffend, von der Tagesordnung abgelehnt und erst nach der Osterpause behandelt werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: Abstimmungen:

(Die Anträge zu den einzelnen Punkten sind aus den letzten drei Landtagsbeilagen ersichtlich.)

a) Kap. 38 bis 41 des Rechnungshaltsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922, den Geschäftsbereich des Justizministeriums betreffend, und über die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 630.)

Ziff. 1, den Rechnungshaltsbericht betreffend, wird gegen 7 Stimmen angenommen.

Ziff. 2 und 3, die Einstellungen in den ordentlichen Etat für 1921 — diese unter Erhöhung derjenigen in Kap. 40, Tit. 17 a auf 2 Mill. M. — und 1922, wird einschließlich des Ministerberichts mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt.

Ziff. 4 bei Kap. 40 Tit. 3, die Staatsanwälte, sowie Amts- und Landgerichtsräte in Stellengemeinschaft zu bringen, und Ziff. 5, auf eine bessere Bezahlung der Referendare bei der Reichsregierung zu dringen, werden mit Mehrheit angenommen.

Ziff. 6, die Eingaben betreffend, wird einstimmig angenommen.

Über die Minderheitsanträge Dr. Dehne und Drechsler wird nicht mehr abgestimmt, da der Etat abgelehnt worden ist. Die kommunistischen Minderheitsanträge unter 3a—c werden abgelehnt.

b) Kap. 42 Abs. C der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922, Wirtschaftsministerium betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 624.)

Der Gehalt des Wirtschaftsministers wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien, alle übrigen Anträge einstimmig angenommen.

c) Kap. 72 Tit. 11 des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1922, Berechnungsgeld für die Landespreisprüfstelle betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 629.)

Die Einstellungen werden gegen die bürgerlichen Stimmen bewilligt.

d) Kap. 72 Tit. 14 des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921, Kosten der Versorgung Soldaten mit Lebensmitteln betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 668.)

Die Einstellungen werden einstimmig bewilligt.

a) den Antrag des Abg. Ebert u. Gen., betreffend eine Verordnung über die Rechte der Strafgefangenen. (Mündlicher Bericht der vom Präsi-

denten ernannten Berichterstatter, Drucksache Nr. 616.)

Der Antrag unter 1, 1, betr. die Erleichterung der Strafe durch die Erlaubnis, daß die Strafgefangenen Lebensmittel von außen empfangen dürfen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Antrag unter 1, 2, die Selbstbeschäftigung und -beföstigung der politischen Untersuchungs- und Strafgefangenen usw. betr., wird gegen die Stimmen der Dtschnat und Dtsch. Vp. angenommen.

f) den Antrag des Abg. Ebert u. Gen., betr. ein Gesetz über die Kontrolle des Strafvollzuges in den Gefangenenanstalten. (Mündlicher Bericht der vom Präsidenten ernannten Berichterstatter, Drucksache Nr. 617.)

Der Antrag betr. die Kontrolle des Strafvollzuges in Gefangen- und Strafanstalten durch Beiräte aus der arbeitenden Bevölkerung derjenigen Orte, wo sich solche befinden, wird gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen.

Die anderen Anträge sind durch die Abstimmung erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: Dritte Beratung über die Vorlage Nr. 92, betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung neuer Feiertage. (Mündlicher Bericht der vom Präsidenten ernannten Berichterstatter, Drucksache Nr. 642.)

Abg. Dr. Wagner (Dtschnat.):

Unsere Stellung zu der Vorlage ist bekannt und hat sich nicht geändert. Ich kann auf die Rede verweisen, die ich im Auftrag meiner Fraktion am 19. Januar hier gehalten habe. Wir lehnen eine Feier des 1. Mai ab, weil der Gedanke der internationalen Verbrüderung, dem dieser Feiertag in erster Linie dienen soll, gerade in den letzten Jahren eiserne Schranken gelitten und unserm Verderben zusammengebrochen ist, ganz abgesehen davon, daß der 1. Mai in jener historischen Entwicklung den ausgesprochenen Charakter eines Klassenkampfes hat. (Zuruf bei den Unabh.: Soll er auch haben!) Die Arbeiter haben wahrlich nicht mehr internationale Belange als die Bürger, ja, man kann sagen, in Wahrheit hat die Arbeiterklasse in besonderem Maße nationale Belange, denn vom Gelingen des deutschen Volkstums und des deutschen Nationalismus ist seine Bevölkerungsglück so abhängig wie die deutsche industrielle Arbeiterklasse, und es ist nach den letzten Berliner internationalen Verhandlungen geradezu ein Dogma, jetzt einen Feiertag der internationalen Verbrüderung zu empfehlen.

Noch härter, ja unerhört ist die Zumutung, die darin liegt, daß wir den 9. November mit feiern sollen. Ich will dazu nur einige Anmerkungen aus sozialdemokratischem Stande bringen. Im Februar 1915 fand in Stuttgart eine große sozialdemokratische Versammlung statt, in der der sozialdemokratische Führer Heine auch den Gedanken einer Revolution erdichtete. Er führte nach dem Bericht des „Vorwärts“ aus:

Diese Frage ist unbedeutend zu verneinen. Wenn wir den Etat durch eine Revolution auch nur in Erleichterung brächten, so würden alle Feinde, die wir mit den Waffen niederzukämpfen hoffen, in unser Vaterland eindringen und über das uneinige, gerissene Volk herfallen. Das wäre das Ende des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Und diese Prophezeiung ist bis auf Wort eingetroffen.

In seinem Luche „Von Kiel bis Kapp“ kommt sodann Kapp auf die Revolution zu sprechen. Er erwähnt dabei, daß durch die Matrosenrevolte die deutsche Flotte in ein Stück altes Eisen verwandelt worden sei, das Meer in Öl und Blei sich aufgelöst habe, und fährt dann wörtlich fort:

Zusammengebrochen, wie es kaum jemals zuvor in der Geschichte dazwischen war, mußte das deutsche Volk sich Waffenstillstandsbedingungen diktiert lassen, die schmachvoller und orücklicher kaum gebaut werden konnten.

Alle Hoffnungen, einer demokratischen Republik Deutschland würden die Sieger verjähren die Hand reichen, haben damals die größtmögliche Enttäuschung erfahren.

In Voraussicht dieser Entwicklung haben die Reichssozialisten keine gewalttätige Revolution gewünscht. Scheidemann war mit Zustimmung der Partei in das Kabinett des Prinzen Reg. eingetreten, um eine Katastrophe zu vermeiden zu lassen.

Reformarbeit großen Stils sollte begonnen werden. Wenn jetzt auch Reichssozialisten sich als die erfolgreichsten Revolutionäre aufspielen, so zeigt das nur von der Fähigkeit vieler Leute, sich schwungvollen Schlagworten des Tages anzupassen.

Das können die Herren sich gesagt sein lassen, die sich heute hinter die Vorlage stellen.

Der frühere sozialdemokratische Oberpräsident von Thüringen Wintig hat folgendes Urteil über die Revolution gefällt:

Ich habe so wenig wie die anderen Sozialdemokraten in meiner Nähe etwas Erhebendes

und Großes von der Revolution gesehen, sondern sie nur als ein furchtbares nationales Unglück und eine brennende Schmach empfunden. Diese Revolution hatte ja nicht einen großen erhebenden Zug, Pflichtvergessenheit, Schmutz und Schamlosigkeit, fortgesetzt gesteigertes Verbrechen, jüdische Verwilderung, wachsendes Verbrechen, das ging dem Zusammenbruch alles nationalen Gutes nebeneher. Die Sozialdemokratie kapituliert vor den trägen Instinkten einer politisch ungeschulten Masse.

Nun, die Revolution hat ja tatsächlich in mancher Beziehung erreicht, was Sie wollten. Das deutsche Kaiserreich, der Hort der deutschen Einheit, das im vorigen Jahrhundert gerade von den demokratischen führenden Geisteskräften und heiß ersehnt war, ist in Trümmer gegangen, und die größte Tragödie der Geschichte hat sich vor unseren Augen abgetragen. Und was war das Ergebnis? Freiheit, ein gerechter Friede und billiges Brot wurde uns versprochen. Ein schmachvoller sogenannter Friede, wie er brüderlicher und unmenslicher noch von keinem großen Volke ertragen werden dürfte, wurde dem waffenlos gewordenen Volke abgepreßt. In den Fesseln grausamer Feinde führen wir jetzt ein Helotendasein. Unser Heer, unsere Flotte ist dahin; unser Nationalismus ist zerstört, und dafür müssen wir den Imperialismus unserer Feinde jetzt bezahlen und deren Imperialismus mit der letzten Faser unserer Arbeitskraft unterstützen. Dabei im Inneren Gärung und fortgesetzte Erschütterungen unseres schwerelenden, wie in einem Treibhaus nur noch vegetierenden Wirtschaftslebens durch Streiks und sonstige Eingriffe, (Unruhe und Jurufe links. — Hammer des Präsidenten.) wachsende materielle Entwertung der deutschen Wirt., wachsende steigende Preise. Das Gegenteil von alledem, was die Revolution uns versprochen hat, ist eingetreten. Wir stehen vor dem Abgrund und da soll jetzt der Feiertag dieser Revolution, mit dem sich unglückselig traurige Erinnerungen für uns sich verknüpfen, der anderen Hälfte des sächsischen Volkes als ein gleiches Feiertag aufgezungen werden! Die Linke möge dieses Gesetz beschließen, wir werden unter Anwendung des durch die Verfassung uns gegebenen Mittels alle unsere Kräfte dafür einsetzen, daß es am 9. November nicht mehr Gesetz ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Dtschnat.)

Abg. Blüher (Dtsch. Vp.):

Zur Sache ist kaum etwas zu sagen. (Sehr richtig! links.) Wir haben unseren Standpunkt früher dargelegt und halten es für unverantwortlich, daß in der jetzigen Zeit ein derartiger Gegenentwurf kommt, von dem die Regierung ganz genau weiß, daß die Mehrheit im Lande nicht hinter ihr steht. (Abg. Wente: Im Gegenteil!) Abwarten! (Abg. Wente: Ja, wir wollen es mal abwarten!) Ich habe mir das Wort nur erbeten wegen einer vorläufigen Angelegenheit. Die „Chemnitzer Volkstimme“ hat, wie ich aus der „Dresdner Volkszeitung“ vom 3. April entnehme, (Jurufe links: Aprilschmerz! — Große Heiterkeit links.) angeblich „aus zuverlässiger Quelle“ erfahren, daß die völkerverhetzlichen Abg. Blüher und Hübschmann der 2. Novembertagung des Landtages deshalb ferngeblieben sind, um die Abstimmung über die Vorlage betr. die gesetzlichen Feiertage zugunsten der Linken zu beeinflussen. (Wiederholte große Heiterkeit links. Abg. Wente: 1. April!) Ob die „Chemnitzer Volkstimme“ damit einen Aprilschmerz hat machen wollen, überlasse ich ihr, ich weiß aber, daß es Leute im Lande giebt, die die Sache nicht als Aprilschmerz aufgenommen haben. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Wente: Zu denen gehören Sie zu gehören!) Zunächst gehört dazu, glaube ich, die „Dresdner Volkszeitung“. (Heiterkeit rechts.) Ich glaube, Hr. Wente, es gehören dazu auch einige unabhängige Zeitungen. (Abg. Wente: Der ganze Blätterwald hat es gebracht, und Sie haben es geglaubt!) Zunächst haben es die sozialdemokratischen Zeitungen geglaubt. Ich will nur für diejenigen, die die Sache nicht als Aprilschmerz aufgefaßt haben, bemerken, daß der Dr. Kowale Hübschmann und meine Wenigkeit an den Tagen vom 30. und 31. März zu einer Sitzung des Vorstandes des Deutschen Stätetages in Eisen reisten. Nun kann Dr. Wente mit seinem Aprilschmerz machen was er will. (Bravo! rechts und Heiterkeit.)

Abg. Wirth (Soz.):

Es war nicht die Absicht meiner Fraktion, zu dieser Sache heute etwas zu sagen. Ich glaube, es ist genügend darüber geredet worden. Nachdem aber Hr. Abg. Dr. Wagner es nicht unterlassen hat, hier wieder in der schmachvollsten Weise Angriffe gegen die Arbeiter und unsere Partei vorzubringen, muß ich dazu ein paar Worte sagen. Es ist doch geradezu unbegreiflich, wenn ein Vertreter der äußersten Rechten sich darüber beschwert, daß die Arbeiter und die sozialdemokratischen Parteien jetzt versuchen, das, was sie seit Jahrzehnten erlitten haben, was ihnen gerade von dieser Seite vorenthalten worden ist, zu verwirklichen, nämlich den 1. Mai als Feiertag zu erhalten. Daß man aber in solchen beleidigenden Ausfällungen, wie sie der Dr. Abg. Wagner heute wieder vorgebracht hat, gegen diese Parteien immer wieder vorgeht, ist geradezu unerhört. Die Teufelskrafte mögen doch nur ein Jahrzehnt auf ihre Politik zurückblicken. Haben sie nicht geradezu in verbrecherischer Weise (Ob! rechts!) die Arbeiterklasse beherrscht, sie entrechtet, wo ihnen nur die Gelegenheit geboten war? Und treiben sie nicht heute noch dieselbe Politik? Sie haben heute zusammen mit den Herren Kommunisten, die es

aus Unkenntnis getan haben, das Gehalt des Justizministers abgelehnt. Es müßte ihrer unwürdig sein, etwas derartiges zu tun!

Was den 9. November anlangt, so verheißt ich vollkommen, daß der 9. November den Herren da brüben noch viel unangenehmer ist, denn sie haben ja sehr viel dadurch verloren. Wir nicht! Wir hatten nichts zu verlieren. Sie hatten mit ihrer Politik dafür gezahlt, daß wir nichts zu verlieren hatten. Diese Herren sollten schamrot werden, wenn sie an ihre Politik zurückdenken, und es gehört Mut dazu, sich wie Kollege Dr. Wagner hierher zu stellen und in dieser Weise zu reden. Wenn die Herren der Rechten es so weiter treiben, dann ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten, wie ich und ein großer Teil meiner Partei es schon längst gewünscht haben, unter der heutigen Zeit nicht mehr möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was heißt denn: Wir wenden das letzte Mittel an? Man soll es tun, und ich wünsche, daß die Bürgerlichen im nächsten Landtage drei Stimmen mehr in diesem Hause haben. Dann werden wir ihnen beweisen, daß wir ihnen das Leben viel leichter schwer machen können als sie uns. Dann werden wir wieder auf der Seite der Opposition sein, auf der sie heute sind, und wir werden dort besser arbeiten, denn man hat uns das in jahrelanger Entrechtung geleistet. Der Dr. Abg. Dr. Wagner redet dann von dem Zusammenbruch ujm. Was ist denn zusammengebrochen? Das elende System der Rechten ist zusammengebrochen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Und was ist denn befeindet worden? Die ganze Ungerechtigkeit, die die Konventionen jahrbundertlang aufgebaut haben! Das ist zusammengebrochen und befeindet worden. Die Arbeiter haben also nichts zu verlieren, sondern haben nur zu gewinnen, und sie werden sich gar nicht darum kümmern, was man da brüben sagt. Wir sehen ruhig dem Volkentscheid entgegen, und meinetwegen mag er zugunsten der Rechten ausfallen. Profitieren wird sie nichts dabei! (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Voigt (Dtsch. Vp.):

Jüngst hat der Abg. Voigt hier ausgeführt, es handle sich bei der Rede um einen Feiertag, der die Ehre der Arbeit schlechthin gilt und den die Sozialisten der ganzen Welt schon seit einem Menschenalter aus diesem Grunde begehren hätten. Das trifft nicht zu. In seiner eigenen Literatur hätte er finden können, daß die Feier des 1. Mai von 1883 an, wo sie auf einem internationalen Sozialistenkongress eingeführt worden ist, gegolten hat einem gewissen Arbeitstagen. Es wurde beschlossen, am 1. Mai jeweils für den 8-Stunden-Tag zu demonstrieren. Nichts weiter! Der Achtstundentag ist da, es ist viel mehr eine noch kürzere Arbeitszeit festgelegt von etwa 46 Stunden die Woche. Wenn jetzt die Sozialdemokratie glaubt, an der Betonung des Achtstundentages festhalten zu müssen, beweist sie nur damit, daß sie süchtig ist, an einem starren Dogma festzuhalten, eine Eigenschaft, die sie uns auf der rechten Seite schon gern vorzubringen beliebt. (Sehr richtig! rechts.) Die Feiertagsvorlage, die uns eigentlich beschäftigt hat mit der ständigen Arbeitszeit so gut wie gar nichts zu tun. Es ist früher betont worden, daß die sozialistischen Parteien mit dieser Feiertagsvorlage nichts weiter erreichen wollen, als den marxistischen Sozialismus zu verdrängen, (Lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.) und sie rechnen dabei auf eine fast psychologische Wirkung bei den breiteren Volksschichten.

Wenn der Dr. Abg. Voigt von den Verbindungen zur Befreiung von der Unterdrückung i. nach, denen eine Feier des 9. November gelten soll, so ist zu bemerken, daß das ein schönes Wort ist. Wenn man namentlich auch unsere Minister brauchen im Lande reden hört, so prüfen sie die Revolution und das, was ihr gefolgt ist, als einen Prozeß der Befreiung. Tatsache ist: Im öffentlichen politischen Leben und im staatlichen Leben herrscht Gleichheit — wir haben das gleiche Wahlrecht — im wirtschaftlichen Leben herrscht Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag (Lebhaftes Widerspruch und Jurufe links: Recht machen Sie aber einen Punkt!) durch das Betriebsratsgesetz wird dem noch nachgeholfen. Wenn in vielen Punkten das noch nicht besteht, was jeder wahrer Volkstreu fordert, dann liegt das an dem sozialistischen Klassenkampf. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links.) Wir dürfen jedenfalls nach den Lobbykämpfen über die Revolution gar keinen Anstoß mehr haben, aber Unterdrückung im Innern unseres Volkes zu reden. Wenn von Unterdrückung gesprochen wird, müssen wir unbedingt unsere Blicke nach den Orientstaaten wenden, und da ist zu bemerken, daß die Sozialdemokratie in jenen Ländern wenig oder gar nichts tut, die Unterdrückung, die man uns zugedacht hat, wieder aufzuheben. In dieser Beziehung sind wir tatsächlich ein unfreies Volk und jetzt an Händen und Füßen gebunden, und die letzte Note beabsichtigt, uns noch den Rest von Selbständigkeit, den wir noch zur Verfügung haben, völlig zu nehmen. Dr. Abg. Voigt führte aus, seine Partei fürchte den Volkentscheid nicht; denn sie und die Gewerkschaften würden zusammenstehen. Das mag sein, aber damit wird nur festgestellt, daß die freien Gewerkschaften Anhänger der Sozialdemokratischen Partei sind und ihr auf diesem Gebiete Vorparade leisten. Es trifft aber nicht zu, daß alle Mitglieder der Gewerkschaften dieses Sinnes sind. Es gibt große Mitgliederkreise der freien Gewerkschaften, auch aus den Kreisen der Sozialdemokratie, die anders denken und die das dann auch durch den Stimmzettel beweisen werden. Es ist überhaupt nicht zutreffend, daß es die Absicht der Arbeiter im allgemeinen gewesen wäre, den 1. Mai zu feiern. Wir kennen die

Erziehung und Unterricht, die bisher angewendet worden sind, und jetzt will man dieses auch noch geistlich funktionieren, man will diese Dinge geistlich einrichten. Es kommen in Sachse ungefähr 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte im freien Arbeitsvertrag in Frage. Man darf den Verdienst eines Arbeiters und eines Gehaltsempfängers im Durchschnitt mit 100 M. am Tage in Anschlag bringen, an zwei Tagen mit 200 M. Das bedeutet an einem Feiertage einen Verlust von 150 Mill. M. und an zwei Feiertagen einen Verlust von 300 Mill. M. (Abg. Schmidt: Das letztere waren es nur 147 Millionen!) Das sind die Mengenbeträge, die dem Volke gewährt werden sollen, den man hier feiern will. Es läßt sich leicht nachrechnen, daß wenn man die Kosten für ein Einfamilienhaus mit 150000 M. annimmt, mit diesem Betrage über 1000 Einfamilienhäuser für wohnungslose Arbeiter im Interesse der Volkswirtschaft erbaut werden könnten. Es wäre ein Verdienst von Tausen (nach links gewendet), wenn Sie sich entschließen könnten, anzuregen, daß ein gewisser Lohnsteil, wenn an diesen beiden Tagen gearbeitet würde, zur Errichtung solcher Arbeiterwohnungen verwendet würde. (Abg. Reule [Unabh.]: Man könnte auch Stiefelwäpfe davon kaufen! — Heiterkeit links.) Das überlasse ich Ihnen, wenn Sie sonst keine andere Anregung finden. Für die Staatsbeamten und Staatsarbeiter werden ja die Gehälter und Löhne für diese Tage weiter gezahlt, und ich möchte fragen, ob die Regierung Gelegenheit genommen hat, den Sparkommissar darüber zu hören. Wir haben heute früh im Ausschusse wieder beobachtet können, daß für die Wohlfahrtspflege jede tausend Mark der Regierung abgerufen werden muß, und hier ist sie ohne weiteres bereit, diesen Millionen auszugeben. Ich will gar nicht davon sprechen, was es für die Gemeinden kosten wird. Dabei sind sich die sozialistischen Parteien nicht einmal selbst darüber klar, welchen Tag sie eigentlich feiern wollen, den 7. oder den 9. November. Die verschiedenen Richtungen im Sozialismus sind verschiedene Meinungen darüber und wollen verschiedene Feiern. Die ganze Sache ist eine Provokation des größten Volksteils und bringt eine neue Verantwortung, wenn an dieser Vorlage festgehalten wird. Der bürgerliche Teil hat sich viel fortgeschrittlicher gezeigt (Laden rechts). Als es galt, zwei jährliche Feiertage, den Jahrestag der Revolution und den Jahrestag der Arbeiterbewegung abzuschaffen, da hat er zugestimmt. Darauf es den Sozialisten ankommt, ist ja, mit der Vereinfachung des christlichen Feiertages, mit der Durchführung sozialistischer Feiertage auf den Volksgeist einzuwirken. Es hat sich gezeigt, daß weite Kreise in den christlichen Feiertagen an die industriellen Betriebe herangegangen sind, an die Gemeindefunktion, an die unteren Verwaltungsstellen, und katego sich die Genehmigung zur Verdrängung gewerblicher Arbeit an diesen Tagen verlangt haben. An diesen Tagen wollen sie arbeiten, da haben sie keine Bedenken, aber an diesen beiden Tagen, dem 1. Mai und dem 9. November, wollen sie unter allen Umständen feiern. Man sieht daraus, daß es sich nur um die Weltanschauung dreht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir leiden unter riesigen Produktionsausfällen. Der Winter ist außerordentlich lang, wir hatten den Eisenbahnverkehr und wir haben den Holzstoffmangel. Was uns not tut, sind mehr Güter, und die neuen Feiertage würden nur dazu beitragen, weniger zu produzieren, unser Volk weiter zu entblößen und die Armut noch zu steigern. Wir brauchen nicht neue Feiertage, wir brauchen mehr, fleißige Arbeit, und die zwei Tage Arbeitswert sind unentwertbar. Die Regierung sollte sich entschließen, ihre Vorlage zurückzunehmen. (Lebhaftes Bravo! rechts. — Zurufe links.)

Präsident:
Der Hr. Abg. Wirth hat gegenüber den Ausführungen des Hr. Abg. Dr. Wagner das Wort „schmähd“, wenn ich mich recht erinnere, gebraucht (Zurufe links: Schändlich waren sie!) Ob es sachlich begründet war, darüber habe ich kein Urteil abzugeben. Ich habe mich nur zu fragen, ob dieses Wort gegenüber den Ausführungen eines anderen Abgeordneten parlamentarisch zulässig ist, und das möchte ich nicht bejahen. Ich bitte, in Zukunft solche Worte, die als Beleidigung aufgefaßt werden können, wenn auch schließlich der Wille zur Beleidigung nicht vorzuliegen hat, zu unterlassen.

Abg. Ziemert (Rom.):
Die Energie und die Mut, die die Bürgerlichen bei der Aussprache über diese Vorlage zum Ausdruck bringen, zeigt uns, daß die Arbeiter höchst wahrscheinlich doch auf dem rechten Wege sind, wenn sie hier durch die Gesetzesvorlage sich zwei neue Feiertage erringen. Durch die Abkehr, durch Volksentscheid zu diesen Feiertagen Stellung zu nehmen, werden diese Tage Kampftage werden, und sie werden deshalb dazu beitragen, daß der 9. November und der 1. Mai den Charakter bekommen, den wir ihm immer zugeschrieben haben. Die Arbeiterklasse wird sich an diesem Tage einzeln und allein mit der Frage zu beschäftigen haben, wie sie am schnellsten und am radikalsten mit der kapitalistischen Wirtschaft und mit solchen Vertretern wie Hr. Abg. Dr. Wagner und mit solchen Renegaten wie Hr. Abg. Voigt ausräumen kann. An diesen Tagen wird sich die Arbeiterklasse vor Augen halten müssen, wie ungeheuer groß die Zeiten sind, die die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aushalten müssen, welche Lasten auf die Arbeiter abgewälzt werden. Und wenn Hr. Abg. Voigt in seinen Ausführungen zum Ausdruck bringt, daß man eigentlich etwas mehr Zusammengehörigkeitsgefühl haben müße, um die Wirtschaft wieder aufzubauen, so fragen wir die Herren von der Rechten, wo sie jemals bewiesen haben, einer Forderung der Arbeiter, die durchaus gerechtfertigt war, entgegenzukommen? Niemals ist das geschehen. Wir glauben um so mehr, daß daran festgehalten werden muß, daß der 1. Mai und 9. November zu Feiertagen gemacht werden, weil sich sogar innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Männer befunden haben, die offen für die Aufhebung des Achtungentags, eintreten. Wir sagen, das ist sehr bedauerlich, und wir

unterstreichen die Worte der „Schmähd“, die nicht schähd, daß die Partei der Sozialdemokraten diese Männer aus ihren Reihen weisen müßte, daß sie sie entweisen müßte, darüber nachzudenken, ob diese Anregungen mit den Grundätzen des Sozialismus vereinbar sind. Wir könnten uns aber die Worte des Hr. Abg. Dr. Wagner entziehen. Ich tue es nicht. Wir sind vor diesen Leuten nichts anderes gewöhnt als Gemeinheiten und Niedertrachtigkeiten.

Präsident (unterbrechend):
Dr. Abg. Ziemert, diese Worte sind unter keinen Umständen zulässig.

Abg. Ziemert (fortfahrend):
Dr. Präsident, ich glaube, wir sind von den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsform nichts anderes gewöhnt als Gemeinheiten und Niedertrachtigkeiten, Brutalität gegen die Arbeiterklasse, rassistische Unterdrückung und Ausbeutung, und darum wundert man sich nicht über die Bemerkungen eines Menschen, der überhaupt noch nicht produktiv tätig gewesen ist (Laden rechts), der sich bei der Auslegung von Gesetzesparagrafen die ebedentlichsten Verdrehungsfälle leistet. (Hört, hört!)

Präsident (unterbrechend):
Dr. Abgeordneter, ich kann das nicht zulassen. Wenn Sie schließlich von einer Partei von außerhalb des Hauses sprechen, so ist das Ihr gutes Recht; Sie dürfen aber beleidigende Ausdrücke über Mitglieder des Hauses nicht aussprechen.

Abg. Ziemert (fortfahrend):
Deswegen bleibt es doch so, daß die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft — und zu denen gehören auch die Herren von der Rechten — ihr Ebedentlichstes getan haben, die Arbeiter zu unterdrücken und mit allen möglichen Kniffen die größten Niedertrachtigkeiten gegen die Arbeiter auszuüben. Ebenso muß man auch Stellung nehmen zu den Ansichten, die Hr. Abg. Wirth zum besten gegeben hat. Etwas anderes aber ist es mit den Bemerkungen des Hr. Abg. Voigt. Er, angeblich Arbeitervertreter, stellt sich in einem Parlamente hin und verteidigt die Interessen der Arbeiter mit den Argumenten der kapitalistischen Gesellschaft. Wir sind von den christlichen und von den gelben Vertretern der Arbeiterklasse allezeit gewöhnt, und deshalb, glauben wir, werden die Arbeiter über die Ausführungen des Hr. Abg. Voigt zur Tagesordnung übergehen. Wir werden uns lediglich bemühen, wenn die Bürgerlichen es zu einem Volksentscheid kommen lassen, die Arbeiterklasse aufzuklären (Zurufe rechts: Wie auch!), und die heutigen Ausführungen des Hr. Abg. Wagner und des Hr. Abg. Voigt werden uns die Möglichkeit geben, allen Arbeitern zu sagen, um was es sich handelt. (Bravo! bei den Rom.)

Abg. Dr. Schert (Dem.):
Ich weiß nicht, ob alle die, die dem Gesetzentwurf zustimmen, auch der Begründung meines Hr. Vorredners zustimmen. Ich glaube, das ist wohl nicht der Fall. Es kann in alle Wege nicht davon die Rede sein, daß sich die Herren von der Linken diese Feiertage erringen haben, sie haben einfach die Mehrheit, die sie haben, benützt und werden sie benutzen, um dieses Gesetz durchzubrüden. Warum wir dagegen stimmen, das haben wir bei den ersten beiden Lesungen klar ausgesprochen. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Wenn ich heute noch einmal dazugewinne, so tue ich es nicht, um die Welt irgendwo zur Geltung zu bringen, sondern lediglich das Bedauern, nämlich darüber, daß solche Dinge bloß dazu angetan sind, unser der inneren Einigung noch mehr als jedes andere Volk der Erde verächtliche Volk zu entwerfen. (Sehr richtig! in der Mitte und rechts.) Wenn man diesen Tagen den Titel „Kampftage“ an die Stirn schreibt, so verweigert man einen Juband, den wir zu befechtigen als unsere politische Pflicht immer angehen haben. (Sehr richtig!) Es ist auch nicht richtig, was Hr. Abg. Wirth sagte, daß dort, wo eine bürgerliche Mehrheit ist, die Sozialdemokratie von der Regierung ausgeschlossen würde. Das Gegenteil ist richtig. Dort, wo wie im Reich sich auf bürgerlicher Seite eine Mehrheit findet, ist die Sozialdemokratie zur Regierung herangezogen worden, und es hat sich daraus das Verhältnis ergeben, das wir auch für Sachsen erkämpfen sollten. (Sehr richtig!) Solche Dinge aber, wie es das Gesetz ein ist, zerschlagen jede Hoffnung auf die innere Einigung unseres Volkes. (Sehr richtig!) Deshalb wird, wenn der Volksentscheid über diese Frage herausbesprochen wird, das Volk zugleich zu entscheiden haben, ob es die Politik der ist, die die sozialistischen Parteien hier mit einer Einstimmigkeit durchzuführen suchen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus betrachte und betrachte ich die Frage, und deshalb wird meine Fraktion nach wie vor gegen den Gesetzentwurf stimmen. (Bravo! bei den Dem.)

Abg. Müller (Leipzig) (Unabh.):
Als es sich um die sogenannten christlichen Feiertage handelte, wurde von der rechten Seite des Hauses darauf hingewiesen, daß es empörend sei, in einer sozialistischen Partei sich gegen diese Feiertage auszusprechen und damit die heiligsten Gefühle eines Teiles des Volkes zu verletzen. (Abg. Dr. Reinhold: Wir haben ja selbst zwei abgeschafft!) Die Herren von der rechten Seite sollten sich schämen (Hört, hört!), mit ihrer Auffassung, die sie damals befunden haben, heute hierher zu treten und die heiligsten Gefühle eines übergroßen Teiles —

Präsident (unterbrechend):
Hr. Abg. Müller, die Bezeichnung „sich schämen“ kann ich auch nicht als parlamentarisch zulassen.

Abg. Müller (Leipzig) (fortfahrend):
— sollten sich genieren — da das Wort schämen im Parlament nicht üblich ist —, hier aufzutreten und in einer derartig unqualifizierenden Weise die heiligsten Gefühle der übergroßen Zahl des bürgerlichen Volkes so mit Füßen zu treten, wie es Hr. Kollege Wagner getan hat. (Sehr

richtig! links.) Dann noch einige Bemerkungen zu den wunderbaren Ausführungen des Hr. Kollegen Voigt! Ich muß Ihnen sagen die Rechtsparteien haben ein merkwürdiges Geschick, über diese Dinge zu debattieren. Sie wissen immer bei diesen Gelegenheiten nicht die großen Geister ihrer Parteien zu kompromittieren, sondern sie finden immer jemanden — in diesem Falle einen Gewerkschaftssekretär —, der sich gegen die Forderungen der Arbeiter auflehnen muß. Das bedauere ich im Interesse der Arbeiterklasse und auch im Interesse der christlichen Gewerkschaften, daß sich ein Arbeitersekretär, ein Gewerkschaftssekretär findet, der den traurigen Mut hat und es über sich gewinnt, hier herzutreten und die Interessen des Unternehmertums gegen die Interessen der Arbeiter zu vertreten. (Laden rechts.) Wenn Dr. Voigt hier behauptet, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter sei hergestellt, dann möchte ich ihm raten, diese Behauptung einmal im Kreise seiner christlichen Arbeiter aufzustellen. Dann kann er etwas erleben. Hier kann er das ja, und ich stelle das ausdrücklich fest, um den christlichen Arbeitern zu zeigen, die Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaftsarbeitern gekämpft haben, wie ihre Interessen hier durch ihre Angehörigen vertreten werden. (Bravo! links. — Lebhaftes Zurufe rechts.)

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Dr. Wagner (Dtschnot.):
Der Hr. Abg. Wirth und andere Herren haben behauptet, ich hätte die Arbeiter und die Arbeiterparteien dieses Hauses beleidigt. Das ist unrichtig. Ich habe lediglich die Tatsachen, die der Revolution folgten, vorgebracht und habe mich dabei auf Ausprüche dreier sozialdemokratischer Herren berufen. Mir hat dabei nicht nur die Absicht der Beleidigung gefehlt, sondern in den Ausführungen ist auch objektiv nicht die mindeste Beleidigung enthalten. Tagelang haben die Herren, die von der Linken hier gesprochen haben, insbesondere auch Hr. Abg. Wirth, indem er von der verbrecherischen Politik der Rechten sprach, ihrerseits die Rechte des Hauses beleidigt, und ihre Ausführungen waren so maßlos, daß ich davon abgesehen habe, sachlich darauf zu erwidern, sondern geklaut habe, mich mit dieser persönlichen Bemerkung begnügen zu können.

Darauf wird die Vorlage mit 40 Stimmen der Linken gegen 45 der Rechten unverändert angenommen. (Bravo! links.)

Punkt 3 der Tagesordnung: Beratung über den Antrag des Abg. Borthel u. Gen., Hilfe für das Zeitungsgewerbe betreffend. (Druckache Nr. 621.) Mündlicher Bericht des Prüfungsausschusses, Druckache Nr. 657.)

Der Antrag Nr. 621 lautet:

Der Landtag wolle beschließen:
die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß
1. die Versorgung der Tageszeitungen mit Druckpapier zu angemessenen Preisen sichergestellt wird;
2. die ungerechtfertigte Bekämpfung des Zeitungsgewerbes beseitigt wird.

Berichterstatter Abg. Krahmer (Unabh.):
Der Prüfungsausschuss hat sich am 28. März mit dem Antrag beschäftigt. In dieser Sitzung war auch die Regierung erschienen, und sie hatte einen Sachverständigen des Zeitungsgewerbes, den Berleger der „Dresdener Neuesten Nachrichten“, Hr. Prof. Wolff, mitgebracht, der in Berlin bei der interfraktionellen Besprechung des Zeitungsgewerbes zugegen gewesen war. Hr. Prof. Wolff hat über diese Verhandlungen in Berlin näher berichtet. Bei den Verhandlungen in Berlin sei hauptsächlich folgendes zum Ausdruck gekommen: die hohen Papierpreise sind an den Verhältnissen schuld. Die Zeitungen sind in der letzten Zeit sehr in die Abhängigkeit der Papierfabrikanten, d. h. der Syndikate und Kartelle geraten. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise des Papiers um das Einundvierzigfache gegenüber dem Friedenspreise gestiegen. Für diesen Monat konnte der Preis noch nicht festgestellt werden, jedoch glaubt man, daß der Preis mindestens 11, 12 oder 13 M. pro Kilo betragen wird. Das wird eine Steigerung des Papierpreises um das Sechzig- bis Siebzigfache gegenüber dem Friedenspreise bedeuten. Eine Zeitung also z. B. die im Frieden für 2000 M. Papier gebraucht hat, würde jetzt dafür 135000 M. anlegen müssen, und eine große Zeitung in Berlin müße allein 600000 M. im Jahre für Papier ausgeben. Daß die Wirkung des hohen Papierpreises nicht ausbleiben ist, ist selbstverständlich, und die amtliche Zeitungsliste konnte feststellen, daß im letzten Monate 157 Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt haben. Bei der Konferenz in Berlin ist auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Papierfabrikanten ihr Papier wegen der hohen Verkaufspreise lieber an das Ausland liefern. Die Papierfabrikanten, die natürlich in Kartelle und Syndikate zusammengeschlossen sind, schieben die hohen Papierpreise den hohen Preisen für Papierstoff zu, den sie verarbeiten müssen und sagen, das außerdem die hohen Preise für Kohlen und Frachten sowie vor allen Dingen die hohen Löhne und Gehälter daran Schuld seien. Weiter wurde ausgeführt, wie nachträglich die Papierfabrikanten ihre Macht ausnützten. Als Beispiel wurde angeführt, daß in der „Kölnischen Zeitung“ deren wirtschastlicher Vertreter die Lage des Zeitungsgewerbes und der Preise in einem Artikel geäußert hatte und daß daraufhin der „Kölnischen Zeitung“ vom Syndikat das Papier gestündigt worden sei, weil in diesem Artikel einige Zahlen nicht richtig wiedergegeben worden waren. Als der Berleger der Zeitung dem Syndikat gegenüber sich bereit erklärt hatte, die Zahlen richtigzustellen, ist er von Seiten des Syndikates nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Einer anderen Zeitung, die diesen Artikel abgedruckt hatte, ist es

genau so ergangen, auch ihr wurde die Entziehung des Papiers angeordnet.

Die Fabrikanten sagen dazu, die Zeitungen sollen ihre Inkassopreise erhöhen. Das ist aber bei den heutigen Verhältnissen fast unmöglich. Hr. Dr. Riethammer, der Abgeordneter hier in diesem Hause ist, hat an der Handelskammer zu Dresden geäußert, daß die Zeitungsverleger nur den Abonnementpreis erhöhen möchten; die Zeitungen seien viel zu billig, sie müßten bedeutend teurer werden. Was das bedeutet, und was der Herr damit verfolgt, können wir ja leicht erkennen. Die Zeitungen können schon jetzt von den Winderbemittelten kaum noch bezahlt werden.

Dann möchte ich noch auf eins hinweisen, wie ungerecht die Belieferung der Zeitungen noch vor sich geht. Hauptächlich werden die sozialistischen Zeitungen nicht so mit Papier beliefert wie die bürgerlichen Zeitungen, wofür Rechner ein Beispiel aus Leipzig und Brauns anführt. Dabei machen die Papierfabrikanten ein Bombengeschäft. So konnte z. B. die Papierfabrik Schlemmer bei Schneberg auf ihr verdoppeltes Aktienkapital 25 Proz. Dividende verteilen, außerdem noch einen Bonus von 25 Proz., so daß eine Gesamtverteilung von 50 Proz. vorgenommen werden konnte. Außerdem mußten verschiedene Finanzoperationen gemacht werden, um den hohen Gewinn überhaupt zu verbergen. Die Verleger haben in mehreren Versammlungen und Zusammenkünften Stellung zu diesen Verhältnissen auf dem Papiermarkt genommen. Sie haben verschiedene Forderungen aufgestellt, und selbst bürgerliche Zeitungverleger haben die Zwangsüberweisung für das Zeitungspapier wieder verlangt.

Der Ausschuss ist schließlich, nachdem der zweite Teil des Antrages Nr. 621 zurückgezogen war, zu dem Antrag, den ich anzureihen bitte, gekommen:

Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Versorgung der Tageszeitungen mit Druckpapier zu angemessenen Preisen sichergestellt wird.

Abg. Dr. Gübischmann (Dtsch. Sp.):
Es liegt zweifellos im öffentlichen Interesse, daß den Tageszeitungen die Erfüllung ihres der Allgemeinheit dienenden Berufes auf jede Weise erleichtert und überhaupt ermöglicht wird. Wenn wir das Verlangen, das in dem Antrag Nr. 657 in dieser Richtung ausgedrückt ist, unterstützen, so nehmen wir dabei nicht Partei für oder gegen einen der Beteiligten, das Zeitungsgewerbe und die Presse einerseits, die Fabrikanten andererseits. Wir wollen damit auch nicht sachlich Kritik üben, inwieweit die Verhältnisse auf dem Papiermarkt hinsichtlich der Preisgestaltung berechtigt sind oder nicht, sondern wir wollen lediglich das Verlangen unterstützen, daß den Tageszeitungen die mögliche Hilfe zuteil wird, die im öffentlichen Interesse liegt. Eine sachliche Stellungnahme wird uns und meiner Fraktion dadurch außerordentlich erschwert, daß nach meiner und meiner Fraktion Ansicht die Verhandlungen im Ausschuss nicht so verlaufen sind, daß eine völlige Klarstellung möglich gewesen wäre. Es war sehr dankenswert, daß Hr. Prof. Wolff eingeladen war, um vom Standpunkt der Interessen des Zeitungsgewerbes. Ausführungen zu machen. Von Hr. Abg. Dr. Riethammer waren zwei Vertreter der Papierbranche eingeführt worden, die nach einer kurzen Geschäftsbesprechungsrede zu den Beratungen zugelassen wurden. Als aber Hr. Prof. Wolff seine Ausführungen beendet hatte, die letzten Endes in einer ziemlich scharfen Abfage und Anklage gegenüber dem Papierindustrialfunktionären, und als nun einer der Herren Vertreter, die Hr. Abg. Dr. Riethammer mitgebracht hatte, um das Wort bat, wurde von den Vertretern der Linksparteien mit einer räumlichen Ausnahme — Kollege Wirth war es — aus allerhöchster die Worterteilung an den Herrn bekämpft. Nach § 18 der Geschäftsordnung wäre es ohne weiteres möglich gewesen, die Herren als Sachverständige zu hören. Da das nicht geschehen ist, da die Herren mit recht merkwürdigen Anschauungen von der Galtigkeit und den parlamentarischen Gebräuchen, die in Sachsen herrschen, den Saal verlassen, so wird man schwer zu der Meinung kommen müssen, daß gar nicht die Absicht bestanden hat, eine vollständige Klarheit auch unter Anhörung der Gegenseite zu schaffen, sondern daß man vielmehr sich damit begnügen wollte, sich einseitig orientieren zu lassen. Gegen dieses Verfahren, das der Prüfungsausschuss bedauerlicherweise mit der Mehrheit seiner Mitglieder angewendet hat, bin ich beauftragt, im Namen meiner Fraktion das lebhafteste Bedauern und den lebhaftesten Widerspruch zum Ausdruck zu bringen.

Abg. Dr. Riethammer (Dtsch. Sp.):

Der Hr. Kollege Gübischmann hat schon namens meiner Fraktion in sehr schonender Form eine kurze Kritik über die Verhandlungen im Ausschuss gegeben. Diese Verhandlungen sind derartig gegangen, daß sie nicht nur inhaltlich das, was dem Ausschusse aufgetragen worden war, vollständig umsetzte gemacht, und der Frage der Zeitungsnot und wie ihr abzuhelfen wäre, auf das schwerste geschadet haben, sondern daß sie auch das Haus, dem schließlich der Ausschuss als Verantwortlicher angehört, in der schwersten Weise vor jeden Menschen, der gerecht und billig denkt und der über die Formen des menschlichen Lebens nicht ohne weiteres hinwegspringt, auf das schwerste kompromittiert haben. Ich will mich zunächst der formellen Seite zuwenden. Der Ausschuss sollte eine eingehende Klärung der gesamten Sachlage im Reich usw. wegen der Zeitungsnot herbeiführen. Ich war mir sofort darüber klar, daß das nur möglich war, wenn man beide Teile, die beteiligt sind, hörte. (Sehr richtig! rechts.) Ich hat deshalb Hr. Finanzminister Heldt, die Vermittlung zu übernehmen, daß der Vorsitzende des Prüfungsausschusses namens des Reiches seine Zustimmung geben möchte, daß von der Probantenseite auch Sachverständige zu der Beratung mit zugezogen würden. Der Hr. Minister Heldt bezeichnete diesen Wunsch als selbstverständlich und brauchte mir nach kurzer Zeit die Zustimmung des Hr. Abg. Reule zu meinem Wunsch. Darauf kamen die Herren von Berlin auf meine Ein-

laßung hin zur Ausschüttung herüber; es war nicht so ganz leicht, die Herren zum Kommen zu bewegen, denn sie haben mehr zu tun als hinter jedem einzelnen Angriff, der auf das Papier- und Holzstoffgewerbe erfolgt, herauszutreten; sie sitzen sich aber von mir ab, und ich bin überzeugt, daß der Ausschuss nicht mit jedem beliebigen Angriff zu vergleichen wäre, sondern daß das eine besondere Sache wäre. Schon bei Beginn der Sitzung wurde von Seiten des Ausschusses nicht einmal angehört, sondern der Herr Dr. Prof. Wolff einleitend, obwohl es vorher genehmigt worden war. Als dann der Vortrag des Hrn. Prof. Wolff ungefähr dreiviertel Stunden gedauert hatte, hat ich den Vorsitzenden, den einen der von mir mitgebrachten Sachverständigen und mich zum Wort vorzunehmen. Das geschah, und der Vorsitzende Wente fragte, ob er die mitgebrachten Sachverständigen auch sprechen lassen sollte. Das wurde mit lautem Protest der Herren Unabhängigen und der Kommunisten beantwortet, und diesem Protest folgten dann so erregte Worte, daß von einer Komödie gesprochen wurde, die die Herren mit mir aufführen wollten, und daß schließlich, als ich sagte, davon sei keine Rede, die Herren seien mit hierher gekommen, um die Sache aufzuklären, gesagt wurde, die sollen sich zum Teufel scheren. (Lebhaftes Lachen, hört! rechts.) Ich glaube, diese Worte genügen, um zu charakterisieren, wie sich der Ausschuss seiner Würde selbst entäußert hat (Sehr richtig! rechts), und ich kann nur bedauern, daß ein solcher Vorfall im Ausschuss stattgefunden hat. (Sehr richtig! rechts.) — Hinzufügen: Die Mehrheit hat es beschlossen! Der Dr. Wente hat sich auf die Geschäftsordnung berufen und gesagt, es stünde nur der Regierung zu, Sachverständige in einem Ausschuss zuzulassen und zu Worte kommen zu lassen. Ich habe Hrn. Wente in diesem Augenblick gelauscht und nicht selbst erst in die Geschäftsordnung hineingesehen. Aber der Dr. Wente hat sich schon vorher schon darauf hingewiesen, daß der § 18 der Geschäftsordnung ganz anders lautet und zweifellos dem Ausschuss ganz nach seinem Ermessen das Recht gibt, Sachverständige zu hören. (Abg. Wente: Das habe ich nicht gesagt!) Ich weiß, was Dr. Wente gesagt hat, und es sind noch andere Herren da, die das bestätigen können, wie er die Geschäftsordnung benutzt hat. (Abg. Wente: Das ist eine so ungeheure Frechheit, daß ich dafür keinen parlamentarischen Ausdruck habe!)

Stellv. Präsident Dr. Wagner

mit dem Abg. Wente wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. Dr. Riethammer (fortfahrend):

Auch Dr. Prof. Wolff ist dadurch meines Erachtens schwer gekränkt worden, denn ich muß sagen, wenn ich von einer Regierung zu einem Vortrage im Ausschuss zur Klärung der Sache aufgefordert würde, und man würde mich erantun, daß man die anwesenden Vertreter der anderen Partei nicht zu Worte kommen ließe, so würde ich das als eine schwere Verleumdung ansehen, und ich kann es bloß unter dem Gesichtspunkte der herrschenden Erregung begreifen, daß Dr. Prof. Wolff sich hat abhalten lassen, seinerseits dieses Mindestquantum von Rücksicht zu verlangen, daß seine Ausführungen auch im Spiegel der Ausführungen der Gegenpartei geprüft wurden, damit der Ausschuss Gelegenheit hätte, sich ein Urteil zu bilden. Daß die Herren von der linken Seite häufig Angst davor haben, daß ihre eigenen Leute die Wahrheit hören (Lebhaftes Lachen richtig! rechts), das haben wir in den Wahlkämpfen öfters erlebt. (Hinzufügen des Schriftführers Wucher. — Abg. Dr. Lehne: Die Herren Schriftführer dürfen nicht Zischentöne machen, das ist unparlamentarisch.) Es wird hier von Hrn. Wucher der Zwischenruf gemacht, ich hätte Privatinteressen vertreten. Gerade das Gegenteil ist der Fall. (Lachen links.) Daß ich Papierfabrikant bin, daraus habe ich nie ein Geheimnis gemacht; es ist keine Schande, daß ich es bin und daß ich als Papierfabrikant hier im Landtage sitze. (Lebhaftes Zwischenruf links.) Ich bin trotzdem nicht als Redner meiner Fraktion und auch nicht als Sachverständiger aufgetreten, sondern habe mir die Genehmigung erbeten, daß ich Sachverständige aus Berlin hierher holen kann. Ich hätte natürlich das, was die Herren ausführten, ganz genau so auch ausführen können; ich wollte aber nicht als Sachverständiger auftreten.

Nun, zu den Ausführungen des Hrn. Prof. Wolff! Ich behaupte, daß das, was im Ausschuss hätte erledigt werden müssen, namentlich heute mehr oder weniger hier durchgesprochen werden muß. Ich kann es aber nicht umgehen. Der Dr. W. hat sich bei seinem Bericht über die Ausführungen des Hrn. Prof. Wolff unteschieden zu einem gemacht, deshalb muß ich erst recht auf dessen Ausführungen eingehen. (Abg. Heflein: Was Prof. Wolff gesagt hat, ist sehr gut gewesen!) Das ist nun Auffassungssache! Er hat eigentlich für jemanden, der nur einigermaßen die Zeitungen gelesen hatte, nichts Neues gesagt. Er hat eingedrückt bei einer Bemerkung von mir, daß wir Papierfabrikanten angegriffen würden, und daß das Gegenteil der Fall wäre: die Zeitungen würden angegriffen, sie wären in der Defensive. (Abg. Heflein: Sehr richtig!) Sichtlich gebe ich ihm insofern recht, als es sich natürlich um die Notlage der Zeitungen selbst handelt, und wer in Not ist, der weicht sich der Not, und das kann man eine Lesefarbe nennen. Aber es handelt sich nicht bloß um die Notlage selbst, sondern es handelt sich um den Kampf, der von den Zeitungen mit den Produzenten geführt wird, und dieser Kampf ist entschieden die Fabrikanten in die Defensive, darüber kann gar kein Zweifel sein. Wenn man sich einmal mit der Sache beschäftigt hat und sich einige von den Artikeln vergegenwärtigt, die darüber in den Zeitungen erschienen haben, so findet man Angriffe in der schärfsten Form auf jeder Seite. Es wird den Papierfabrikanten Wucher und Gewaltpolitik und alles mögliche Schlechte vorgeworfen, was sie natürlich in Verteidigung drängt. Die Industrie wird den Preisprüfungen in jeder Weise unterzogen, sie

muß sich fortgesetzt verteidigen, daß das, was sie tut, auf gesetzlichem Boden steht und rechtlich ist. Die Regierung, der Reichstag, der Landtag, die ganze öffentliche Meinung werden von den Zeitungen alarmiert gegen die Papierindustrie, darüber kann doch gar kein Zweifel bestehen. (Hinzufügen links.) In diesem Zusammenhang kann ich auch auf die Vorwürfe bezüglich des Vorgehens mit der „Königlichen Zeitung“ kommen. Die „Königliche Zeitung“ hat in Nr. 38 vom 15. Januar d. J. in einem Artikel, der sich mit der Papierindustrie beschäftigt, Ausführungen gemacht, die im wesentlichen Punkte falsch sind. Das hat natürlich der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten als Sachwalter der Druckpapierindustrie aufgegriffen und hat darauf aufmerksam gemacht, daß das falsch ist und daß die öffentliche Meinung ganz falsch über die Dinge, wie sie liegen, unterrichtet wird; wenn die Fabrikanten so angegriffen würden mit falschen Mitteln und falschen Darstellungen, könnten sie sich schließlich bloß noch in der Weise wehren, daß sie an derartige Zeitungen nichts mehr lieferten. Der Besitzer der „Königlichen Zeitung“ hat sich gegen diese Inanspruchnahme gewehrt, es ist aber nicht richtig, daß sein Schreiben nicht beantwortet worden ist, wie ich aus der bei mir eingehenden Korrespondenz nachweisen kann. Es ist also auch nicht richtig, wenn Dr. W. Krähler unter Bezug darauf auf die unerhörte Rücksichtslosigkeit, Selbstherrlichkeit und Schamlosigkeit und weiß Gott was alles der Druckpapierverband hinweist. (Hinzufügen links: Die Drohung aber ist wahr!) Die Drohung ist wahr. (Hinzufügen links: Na also!) Schön, sprechen wir über die Drohung! (Hinzufügen links: Über die unerhörte Frechheit!) Ich drücke mich gar nicht um die „unerhörte Frechheit“. In der ganzen Öffentlichkeit müssen sich die Papierfabrikanten gefallen lassen, was den Zeitungen betrifft. Es ist viele Fälle, wo die Papierfabrikanten zu den Zeitungen, mit denen sie jahreslang in Verbindung stehen, hingegangen sind und gebeten haben: bitte überzeugen Sie sich, was Sie in dem Artikel geschrieben haben, stimmt nicht; bitte, bringen Sie eine Berichtigung, worauf geantwortet wurde: Sie werden doch nicht glauben, daß ich gegen mein eigenes Interesse spreche. Was bleibt da den Papierfabrikanten anderes übrig, als zu sagen, um sich nicht jeden Tag in der Öffentlichkeit als Wucherer und alles mögliche Schimpfen zu lassen: Dazu ließe ich Ihnen mein Pap er nicht! (Abg. Heflein: Gut, daß wir das wissen!) Wenn man nicht so total bloß mit einem Woge nicht, sondern etwas Gleichzeitigkeit wahren läßt, so muß man sich in die Lage eines Fabrikanten versetzen, der wei er nichts verlangt, als daß der Landtag unerschrocken und in den Zeitungen der Wahrheit gemäß und nicht bewußtermaßen falsch dargestellt wird.

Wenn ich nun auf den jüdischen Artikel in der „Königlichen Zeitung“ eingehen, so geht der ganze Artikel davon aus, daß die Preise, die gefordert werden, übertrieben und durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt sind; und dann baut er sich darauf auf, daß der Holzpreis im Dezember 1921 180 M. für den m betragen habe und im Januar 1922 M., und daß der Papierpreis in dieser Zeit von 4,20 M. auf 7 M. hinaufgegangen sei. Nun weiß jedes Kind, daß erstens einmal im Dezember für 180 M. kein m Holz mehr zu bekommen war und daß im Januar die Holzpreise um mehrere Hundert M. pro m heraufgegangen waren. Es ist also durchaus irreführend, wenn man auf eine so falsche Voraussetzung das ganze Gebäude aufbaut, daß die Papierfabrikanten sich ungerechtfertigt bereichern. Es ist auch charakteristisch, daß in derselben Nummer der „Königlichen Zeitung“ vom 15. Januar, wo auf der ersten Seite dieser schwere Angriff auf die Papierfabrikanten enthalten ist, auf einer späteren Seite im wirtschastlichen Teile über Holzquotationen berichtet wird, die in Würtemberg und im hebräisch-jüdischen Lande stattgefunden und Preise, die sich zwischen 600 und 800 M. für den m bewegen, erwähnt haben. Dazu kommen noch die Preise für Anstalt und die teuren Stadtkosten. Das alles spricht so zur Entlastung der Fabrikanten, daß es allerdings sehr merkwürdig erscheint, wenn eine Zeitung in ihrem redaktionellen Teil von ihrem wirtschastlichen Berichte so wenig Notiz nimmt.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatten sich diesen Artikel der „Königlichen Zeitung“ zu eigen gemacht, haben aber, als der Druckpapierverband sie ermahnte, das richtigzustellen im Wortlaut die Klärtätigkeit des Druckpapierverbandes abgedruckt und insofern getan, was man vernünftigerweise von einem Zeitungsverleger verlangen kann.

Dr. Prof. Wolff hat gegen mich gleich mit dem Vorwurf eingegriffen, ich hätte bei einer Beratung der Handelskammer ihm entgegengehalten, die Zeitungen wären zu billig. Diese gemeinliche Behauptung liegt eine ganze Reihe von Jahren zurück, sie muß meines Gedenkens 1915 oder 1916 gewesen sein. Ich vertrete aber auch heute noch den Standpunkt, daß die Zeitungen den großen Fehler gemacht haben, daß sie so lange bis in den Krieg und bis in die jetzige Zeit zu billig waren. Ich habe im Reichswirtschaftsministerium bei einer Verhandlung mit dem Zeitungsverlegern im Sommer 1915 darauf hingewiesen, daß nur ein 20 bis 25 Pfennig höheres Abkommen im Monat nötig wäre, um die Papierpreise reichlich zu decken, ja zu überdecken, die wir damals unbedingt nach 11 Monaten Krieg verlangen mußten. Das wurde glatt abgelehnt, weil es unmöglich wäre, diese tägliche geistige Nahrung des Volkes im Monat um 20 Pfennig zu erhöhen. Der Grund lag aber wo anders; es war viel weniger die Angst, daß die Zeitung dem Volke nicht mehr zugänglich gemacht werden könnte, weil das Volk das nicht bezahlen könnte, sondern es war mehr die Konkurrenzangst vor dem lieben Nächsten. Deshalb kamen damals die Zeitungen nicht unter einen Hut. Die Situation ist aber deshalb so verhängnisvoll für die Zeitung geworden, weil man zu spät eingegriffen und die Warnungszeichen nicht verstanden hat, die wir damals ergeben ließen.

Gewiß stehen einem die Haare zu Berge, wenn man die Zahlen hört, die der Dr. Richter für die Papierfabrikanten genannt hat. Aber die

Papierfabriken stehen hinter diesen haarsträubenden Zahlen in keiner Weise zurück, es braucht da bloß an die enormen Kohlen- und Holzpreise erinnert zu werden. Wir bedauern auch außerordentlich, daß es den Zeitungen so schlecht geht und wir erkennen in vollem Umfange die Notlage der Zeitungen an. (Abg. Heflein: Aber Sie tun nichts dagegen!) Wir tun sehr viel dagegen, Dr. Kollege Heflein, das wissen Sie selber ganz genau. Vor 2 oder 3 Jahren hat man versucht, den Zeitungen damit zu helfen, daß die Papierindustrie die gesamten Exportgewinne an die Zeitungen abließerte, um den Papierpreis für die Zeitungen heruntersinken zu lassen. Das ist erfolgt, und ist auch jahrelang geblieben. Deshalb sind alle die Angriffe wegen des Exportes und der Exportgewinne, die auf die Papierfabriken erfolgten, durchaus schließend, denn die Zeitungen erhalten ja alles das, was die Papierindustrie an dem Export des Zeitungspapiers an Kassa- oder Exportgewinnen überbehält. Die Zeitungen haben auf diesem Wege in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922, also in dem letzten halben Jahre, 70 bis 75 Mill. Mark aus diesen Exportgewinnen erhalten. Das ist doch keine Kleinigkeit, noch dazu, wenn man berücksichtigt, daß jeder Exportgewinn mit einem außerordentlichen Risiko verbunden ist und daß dem Exportgewinn sehr häufig ein Exportverlust gegenübersteht, aber für die Zeitungen nur ein Exportgewinn in Frage kommt. Das ist überhaupt nicht alles. Die Zeitungen haben jahrelang aus der Reichskasse einen hohen Zuschuß von über 100 Mill. M. bekommen, damit ihnen geholfen werde.

Nach alledem ist es ganz sonderbar und kurz-sichtig, und ich kann es nur als eine Art Agitationsmaßnahme ansehen, wenn die Zeitungen in ihren Resolutionen jetzt wiederholt die Sperung des Exportes für die Papierfabriken verlangen. Sie sagen damit den M ab, auf dem sie mit ihren, und noch mehr als das. Die deutsche Papierindustrie kann nicht von den Verbrauchern im Inlande beschäftigt werden, das ist ganz unmöglich. Wenn ihr also die Exportmöglichkeit abgegriffen wird, so heißt das zu deutsch, sie wird zu einer Betriebsbeschränkung verurteilt, und die Wirkung für die Arbeiter tritt so deutlich vor Augen, daß ich nicht besonders darauf hingewiesen brauche. Aber selbstverständlich ist ein Betrieb, der nur mit halbtun Export arbeitet, nicht so rentabel wie ein anderer, das Papier könnte also bloß teurer werden dadurch, daß man der Industrie die volle Fabrikation einschränkt, und kann unmöglich billiger werden. Wenn man also sagt: ihr dürft nicht mehr exportieren, so verteuert man das Papier.

Es wird darauf hingewiesen, und scheinbar nicht mit Unrecht, wie falsch es ist, daß Zellulose aus Teufelsland exportiert wird in einem Augenblick, wo sie so nötig ist und wir nicht genug haben. Wir Papierfabrikanten — und auch die Holzfabrikanten — stehen vollständig auf dem Standpunkt, daß sich mit dem der Zeitungsverleger bedt, daß das nicht richtig ist. Im letzten Sommer aber war eine Platte auf dem ganzen Markt, das wissen ja auch andere Industriellen, und die hat dazu geführt, daß die Zeitungsverleger die Spekulation machten: das Papier wird billiger werden. Es war ja auch billiger geworden, aber sie dachten, es werde noch billiger werden, und sie hielten mit ihren Papierbezüglern zurück. Dadurch kamen die Papierfabrikanten und vor allen Dingen die Holzfabrikanten in die große Verlegenheit, daß ihnen der Zellulose nicht mehr abgenommen wurde. Sie mußten entweder ihre Fabriken abstellen oder exportieren, und in dieser Lage haben sie den großen Fehler begangen, für den sie aber durchaus nicht verantwortlich sind, zum mindesten nicht allein verantwortlich, zu exportieren und sich auf Exportverträge festzulegen. Dann kamen die Streiks in der Papierindustrie und bei der Holzindustrie, sie konnten nicht mehr, und nun stehen sich die Exportlieferungen im Wege, und weiter hin, und so müssen sie jetzt in der Zeit der Zellulose die Aufträge ausführen.

Wie steht es nun tatsächlich mit dem Angriff, daß die Papierpreise zu hoch wären? Der Sachverständige, den ich dem Druckpapierverband mitgebracht habe, hat ein Ergebnis veröffentlicht, das noch in letzter Stunde angefertigt worden ist, um dem Landtage die nötigen Unterlagen für die ganze Beurteilung zu schaffen. Ich muß zwar betonen, daß nicht einmal alle Mitglie der Ausschusses diese 3 1/2 Seiten Luftschrift gelesen haben, ich will es mir aber doch vertragen, auf die einzelnen Punkte einzugehen. Ich will nur das Ergebnis feststellen: im März betrug der Papierpreis das Dreifache vom Friedenspreis. Der Holzstoff, aus dem Papier hergestellt wurde, betrug das Sechsfache, der Zellulose das Zwölfwache, die Kohle im Durchschnitt das Zwölfwache (jüngere Kohle das 25fache, böhmische Braunkohle das 100fache). Wir haben Papierfabriken, die ganz einfach auf böhmische Braunkohle angewiesen sind. Die Preisen betragen das 65fache, die Zölle ungefähr das 60fache. Die Kalksalze, die auch in großen Mengen gebraucht werden, und entscheidend für die Fabrikationskosten sind, z. B. die Leimmaterialien, mit denen die Papiere geleimt werden, das 6fache, Alaun das 58fache, Füll, die in großen Mengen gebraucht werden, das 60 1/2fache, Siebe das 16fache, Fettwaren das 86 1/2fache, Farben und Farbstoffe das 67 1/2fache, die ganze Verpackung matter usw. das 7fache. Es ist klar, was unter dem 7fachen steht, und das Pap er ist nun fünfundzwanzigmal teurer als im März 1914. Aus dem Friedensvertrage abgeleitet worden. Tausend geht doch ganz deutlich hervor, daß es nicht an den Papierfabrikanten liegt.

Im April stellen die Papierpreise auf das 61fache hinaus. Inzwischen ist das Holz vom 70 bis 80fachen auf das 100fache gestiegen, Zellulose auf das 68fache, Zellulose auf das 105fache, Kohle auf das 100fache, böhmische Braunkohle auf das 137 1/2fache, Leim auf das 65fache, Füll auf das 68 1/2fache, Siebe auf das 64fache, Fettwaren auf das 100fache, Farben auf das 87fache, Farbstoffe auf das 84fache. Wenn alles so über 80 bis 100 und darüber hinaus steigt, so kann man doch nicht erwarten, daß der Produzent unter dem 61fachen besteht.

Wer hat denn ein größeres Interesse an dem Fortwachen der Zeitungen als die Papierindustrie? Wir sitzen auf demselben Kahn mit den Zeitungs-

verlegern. Je mehr sie Papier verbrauchen, um so mehr können wir ihnen liefern, und je besser es ihnen geht, desto mehr sind sie auch in der Lage, uns entsprechend zu bezahlen. Es ist also ganz falsch, von vornherein die Sache so anzusehen, als ob wir die Not der Zeitungen leicht nehmen würden und als ob wir uns in unredlich-mäßiger Weise bereicherten.

Es ist gesagt worden, sehr viele Zeitungen seien eingegangen. Gewiß, es sind viele Fachblätter und Zeitungen eingegangen. (Abg. Heflein: Auch Tageszeitungen!) Sehr eingegangenen Zeitungen aber stehen nach meiner Information 15 neugegründete gegenüber. (Widerpruch des Abg. Heflein.) Ich kann nur das sagen, was mir berichtet wird, ich habe sie auch nicht nachgezählt. Wir geben ohne weiteres zu — und nun spreche ich als Politiker —, daß es natürlich ein namenloses Unheil und überhaupt politisch gar nicht dinstabel wäre, daß die Zeitungen infolge der ungeheuren Kosten der ausländischen Reporter außerstande wären, uns direkt mit Nachrichten aus dem Auslande zu versorgen, wenn wir von der Notizpresse abhängig wären in der Weise, daß wir nur die von dieser und zugehörigen Nachrichten in unseren Zeitungen veröffentlichen. Das wäre auch das geistige Elend. (Hinzufügen links: Sagen Sie das Ihrem Syndikat!) Das besagen wir genau so. Aber wir Fabrikanten können diese Notlage, die über die Zeitungen berfällt, allein nicht ausgleichen. Nun soll eine Zwangswirtschaft eingeführt werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Zwangswirtschaft gar nicht durchführbar ist. Sie wäre überhaupt nur denkbar, wenn der viel angeführte und beschuldigte Druckpapierverband sich in den Dienst der Regierung stellte. In dem Augenblick aber, wo ich der Druckpapierverband auflöse, wäre die Regierung meines Erachtens ganz außerstande, die beschuldigte Zwangswirtschaft durchzuführen. Es wird immer davon gesprochen, daß der Druckpapierverband eine Preisstättung ausübt. Auch die neueste Resolution des Landesverbandes der Presse in Sachen bezieht sich auf den Druckpapierverband. (Abg. Heflein: Sehr richtig!) Sehr falsch, Dr. Kollege Heflein! Es sind wochenlange Verhandlungen geführt worden, wie der Druckpapierpreis vom 1. April an sein soll. Es haben weder diese Verhandlungen noch die Vermittlung der Regierung zu einer Verständigung geführt. Was sollen denn die Papierfabrikanten machen? Zwei Möglichkeiten haben sie bloß; daß sie sagen, wenn du nicht bezahlst, was ich haben muß, um leben zu können, so kann ich dir nicht liefern. Da wäre natürlich wieder die betreffende Firma an den Pranger gestellt worden. Das andere, was sie tun können, kann nur sein, daß sie sagen: da wir uns nicht haben vertragen können, und du willst weniger zahlen als das Beträge, und ich will und kann mich nicht öffnen, ich muß einen bestimmten Preis haben, sonst ka ich nicht produzieren, bleibt mir nichts übrig als dir vom 1. April ab das Papier zu dem Preise zu liefern; willst du es haben oder nicht? Das ist nicht dinstatistisch, sondern das ist das Endergebnis langer Verhandlungen, die nicht zur Verständigung geführt haben. (Abg. Heflein: Allgemeine Interessen für Sie gibt es nicht!) Das ist eine so im Wesentlichen eine schwere Verleumdung, Hr. Abg. Heflein, daß ich wirklich bitten muß, sich etwas einzuschließen.

Ich bin fertig mit meinen Ausführungen. Ich bin von vornherein der Überzeugung gewesen: die Herren, die sich nicht bereichern lassen wollen, werden ich auch durch meine rein sachlichen Ausführungen nicht belehren lassen. Ich will aber noch auf ein Hinweis. Von der ganzen deutschen Papierindustrie ist ein Vier tel in Sachsen ansässig. Das Verhältnis von Sachsen zum Deutschen Reich wird gewöhnlich mit 1:10 angenommen. (Abg. Schomburgk: Stimmt nicht, 1:15!) Nun gut, dann ist es ja noch günstiger, als ich selbst behauptete. Das Verhältnis 1:1 ist aber derartig hoch, daß der sächsische Landtag eine Ursache hätte, in dieser Frage nicht bloß die Not der Zeitungen im Auge zu haben, sondern auch daran zu denken, daß, wenn es auf Kosten der Papierindustrie geht, eine der größten Industrien in Sachsen und überhaupt im Deutschen Reich ruiniert wird. Und ob der Landtag das der Papierindustrie und den Arbeitern gegenüber beantworten kann, ist mir nicht zweifelhaft. Das ist unbestreitbar nicht der Fall. (Sehr richtig! und Bravo! bei der Tisch. Sp.)

Abg. Wente (Unabh.):

Auf Grund der falschen Darstellung über die Vorgänge im Prüfungsausschuss, die der Dr. Richter gemacht hat, lege ich mich veranlagt, folgende Darstellungen zu geben. Nachdem das Haus beschlossen hatte, den Antrag Barthel u. Gen. zum Prüfungsausschuss zu übernehmen, hat mich der Präsident dieses Hauses, bald eine Sitzung des Prüfungsausschusses einberufen. Ich habe mich daraufhin mit dem Hrn. Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt. Dieser hat mir erklärt, er werde veranlassen, daß alle die Personen von seiner Seite aus in den Ausschuss delegiert würden, die für die Beratung notwendig seien. An demselben Tage teilte mir der Dr. Jmanzini er mit, daß Dr. Kollege Riethammer den Wunsch ausgedrückt habe, daß auch Vertreter der Pap erindustrie zu der Sitzung eingeladen würden. Ich sagte darauf, daß ich mir kein Urteil darüber erlaube, an sich, glaube ich, sei nichts dagegen einzuwenden, ich könne aber keine wer d igtendliche Erklärung abgeben, ohne zuvor den Ausschuss gehört zu haben, und ich müsse es dem Hrn. Ministerpräsidenten überlassen, wen er zu dieser Sitzung laden wolle. Während der Sitzung hat mir da in Dr. Kollege Dr. Riethammer mitgeteilt, daß zwei Vertreter der Industrie angewiesen seien und ob ich Einwendungen dagegen erhebe, daß diese angewandt seien. Daraufhin habe ich erklärt, ich selber könne nicht darüber beschließen, und habe eine Abstimmung des Prüfungsausschusses herbeigeführt, ob die Herren in der Sitzung teilnehmen können. Der Prüfungsausschuss hat ich einstimmig dafür erklärt. Nachdem der Sachverständige, der von der Regierung geladen war, Dr. O. Wolff, sein Aufgebot gemacht hatte, habe ich dem Ausschuss mitge-

teilt, daß sich Dr. Häbner und Dr. Abg. Dr. Niehammer zum Wort gemeldet haben. Darauf setzte eine Opposition ein, und ich habe auf Grund der einseitigen Opposition erklärt: Ich will ja gerade erst den Ausschuss betonen, ob er damit einverstanden ist, daß diese Herren sprechen. Ich habe auch auf die Einwendungen, daß es überhaupt nicht zulässig sei, daß Herren, außerhalb des Ausschusses stehend, innerhalb des Ausschusses zum Worte kommen könnten, erklärt: Esch, es ist schon früher der Fall gewesen, allerdings muß der Ausschuss darüber beschließen. Das ist das Richtige, worauf es ankommt und was Dr. Kollege Dr. Niehammer entweder hier oder dort unterbringen hat (Abg. Heßlein: Hört, hört!) oder aber nicht beachtet hat. Darauf hat eine Aussprache über meine Ausführungen stattgefunden, und im weiteren Verlauf der Geschäftsordnungsdebatte hat Dr. Kollege Dr. Niehammer mit den Herren Vertretern des Zeitungsgewerbes dann die Sitzung verlassen, und ich habe darauf wörtlich erklärt: Durch das Fortgehen der in Frage kommenden Herren hat sich die Abstimmung absolut erledigt. Ich muß mich also ganz entschieden dagegen verwahren, daß Dr. Kollege Dr. Niehammer mit einer Begründung, eine einseitige Geschäftsführung vorwirft.

Präsident (unterbrechend):

Dr. Abg. Wente, Sie haben, wenn auch nur bedingt, dem Hrn. Abg. Dr. Niehammer den Vorwurf gemacht, er habe Unvorsichtigkeit die Sache unterzogen. Das ist nicht zulässig.

Abg. Wente (fortfahrend):

Soweit die Behandlung der Dinge im Prüfungsausschuss von Hrn. Dr. Niehammer angegriffen worden ist und soweit dabei insbesondere meine Person angegriffen worden ist, glaube ich, durch diese einwandfreie Sachdarstellung, die jederzeit durch Zeugen auch aus den Reihen der Fraktion des Hrn. Kollegen Dr. Niehammer als richtig bezeugt werden wird, die gemachten Ausführungen zurückgewiesen zu haben. (Abg. Dr. Niehammer widerspricht.)

Wirtschaftsminister Heßlich:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung hat die Frage der Papierverorgung und der Papierpreise einmal vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus angesehen, denn es steht zweifellos fest, daß das Bestehen des Zeitungswesens, wie ich schon sagte, weit man es im gesunden Sinne des Lebensbedingtheit jedes demokratisch-parlamentarischen Staates, ja eigentlich überhaupt jedes modernen Staatswesens ist. Dieser Grundgedanke ist schon von der alten Staatsordnung vor der Revolution durchaus anerkannt worden. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß der Bundesrat aus dem alten Deutschen Reiches für die Kriegszeit in gesetzlicher Hinsicht auf Grund der Vollmacht, die er erhalten hatte, durch eine Verordnung den Ländern aus einer Zwangsumlage für Papier, die damals etwa 3 1/2 Mill. M. an Umlage betrug, hat; das würde auf den heutigen Geldwert umgerechnet etwa ein Betrag von 40 bis 60 Mill. M. sein. Ich will damit nur beweisen, wie hoch die Bedeutung schon der alte Staat vor der Revolution dem Bestehen des Zeitungsbetriebes beigegeben hat, wie er diese Institution für politisch unentbehrlich hielt und deshalb seine Kräfte in die Allgemeinheit und den Staat so hohe Ansprüche stellte.

Bei dieser ungemessen politischen Bedeutung der Frage konnte sich die sächsische Staatsregierung unmöglich auf den Standpunkt stellen, den der Dr. Abg. Dr. Niehammer hier in einem Teile seiner Darstellung zum Ausdruck gebracht hat, indem er sagte: was bleibt denn dann den Papierfabrikanten noch anderes übrig, als unter Umständen von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und den Zeitungen zu sagen: wenn ihr uns an jedem Tage beschimpft, dann bekommt ihr von uns überhaupt kein Papier mehr geliefert! Mein, Dr. Abg. Dr. Niehammer, so geht das nicht! Weil die Zeitungen nicht allein die Streitfrage über den Papierpreis zwischen den Zeitungsvorlagen auf der einen und der Papierindustrie auf der anderen Seite zu regeln und zu veranlassen haben, sondern weil das nur eine der wichtigsten ihrer Aufgaben ist. Weil höhere Belange hier auf dem Spiele stehen, kann sich kein Staat erlauben, daß ein einzelner Betrieb des Zeitungspapiergewerbes und die Zeitungswirtschaft im Staate die Seite der Zeitungen stellt.

Wenn ich dann zu ihrer wirtschaftspolitischen Seite komme, so ist die sächsische Staatsregierung in eine sehr schwierige Lage gekommen, als ihr bekannt wurde, daß im Reichstage ein Initiativentwurf bzw. ein Initiativgesetz eingebracht werden sollte, der auf eine Zwangsumlage des Papierholzes abzielte. Wie liegen denn für uns in Sachsen die Dinge? Wir sind auf der einen Seite mit rund 30 Proz. an der deutschen Papierproduktion beteiligt, wir sind also relativ der am meisten papierproduzierende Einzelstaat innerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Auf der anderen Seite sind wir ein großer Verbraucher, und ich trage Ihnen nichts Neues vor, wenn ich lediglich um des Zusammenhangs willen hier immer wieder konstatiere, daß auf den Ertrag unserer Staatsfinanzen zu einem hohen Grade unser ganzer jährlicher Staatsertrag ausgeht. Wenn man also einen Eingriff in die freie Volkswirtschaft in dem Umfange vor hatte, wie es der Reichstag mit seinem Initiativentwurf wollte, so konnte das der Staat in dem Wirtschaftsjahre nicht ununterbrochen vor sich gehen lassen, zum mindesten nicht ein Staat, der an der Holzwirtschaft selbst so stark als Unternehmer und Waldbesitzer interessiert ist wie der sächsische. Es geht unter keinen Umständen an, daß die Verbilligung der Holzpreise für das Zeitungspapier in der Hauptsache oder fast ausschließlich auf Kosten derjenigen Einzelstaaten Deutschlands geht, die nun gerade vollständig an den Waldbesitz haben, denn wir haben auch Waldbesitzer, die als Waldbesitzer wenig oder so gut wie gar nicht in Frage kommen, die wären also dann bei einer solchen Verbilligungsvorgang über so gut wie gar nicht auszuweichen. Das wäre nach meinem Dafürhalten eine einseitige Verbilligung insbesondere auch der sächsischen Staatsfinanzen, also ein Weg, der von der sächsischen Staatsregierung nicht ohne weiteres mitgegangen werden kann.

Aber noch eins, M. D. u. H.! Ich habe durch die Bundespreisprüfstelle genaue Kalkulationsaufzeichnungen machen lassen, und zwar in ziemlich großer Zahl bei den verschiedensten Firmen, sowohl bei solchen Papierfirmen, die viel exportieren, als auch bei solchen, die wenig oder fast gar keinen Export haben, und ich habe beim Studium dieser Zahlen gefunden, daß und durchaus nicht in dieser Höhe etwa damit gebilligt wäre, wenn wir jetzt allein das Holz verbilligten. Ich stelle aus den Kalkulationsaufzeichnungen der Bundespreisprüfstelle namentlich fest, daß die Beziehungskosten für Papier, die sich auf Holzstoff beziehen, zwischen einem Drittel und der knappen Hälfte der Gesamterzeugungskosten schwanken. In den meisten Fällen besitzern sie sich auf reichlich ein Drittel. Die neueren Feststellungen, die ich habe, nähern sich immer mehr dem Ergebnis, daß der relative Anteil des Holzstoffes an den Gesamtkosten der Papiererzeugung abnimmt, während die Kosten für die übrigen Stoffe, für Zellulose, Kollie, Gaze, Kleber, Farbe usw. bedeutend größer werden. Ich habe dabei zunächst einmal die gesamte Papierindustrie im Auge, nicht lediglich das Zeitungspapier.

Es kommt ferner in Frage, daß die Regiekosten in der letzten Zeit mit ganz anderen Relationen an den Gesamterzeugungskosten beteiligt sind, als das noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit der Fall war. Ich nenne hier begrifflich nur die Zinsen und nicht die Zinsen, aber ich kann feststellen, daß in einer amtlichen Ermittlung vom Januar d. J. bei einer Papierfirma das Verhältnis der sog. Regiekosten, wozu unter man alle Löhne, Kohlen, Holz, Reparaturen, Frachten, Verbandsanteile, Materialkosten, Abschreibungen usw. verkehrt, etwa ein Drittel der gesamten Erzeugungskosten ausgemacht haben.

Wenn ich besonderen Wert darauf lege, diese Feststellung hier zu machen, so tue ich das lediglich deshalb, damit nicht etwa solche Schlussfolgerungen über die Haltung der sächsischen Staatsregierung gegenüber dem beabsichtigten Initiativentwurf des Reichstages entfallen könnten. Wir haben dem Bundesrat, den die Reichsregierung vorhatte, das Papierholz in Zwangsumlage zu nehmen, spezifisch gegenüber gefunden einmal aus den bereits angeführten Gründen und zweitens auch deshalb, weil wir uns nicht gut vorstellen können, wie man im Gesamtinteresse der freien Volkswirtschaft lediglich die Zwangsumlage für Papierholz für sich bestehen lassen kann. Wie man eine derartige Kontrolle vornehmen wollte, bleibt jedenfalls unerfindlich. Eine nachteilige Folge könnte unter Umständen die sein, daß das, was bisher Papierholz war, plötzlich als anderes angeboten würde. Die nachteilige Folge könnte unter Umständen die sein, daß bei einer Zwangsumlage des Papierholzes diese tatsächlich nur auf dem Papier blühe und nicht genau durchgeführt und kontrolliert werden könnte. Eine gegenläufige Wirkung könnte also die sein, daß eine tatsächliche Hinausdrängung des Holzpreises zum Nachteil der Papiererzeuger stattfinden könnte. Das waren die Bedenken, die nicht nur Sachsen, sondern auch andere Bundesstaaten Teutlands dem Reich gegenüber geltend gemacht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sollte man also den Papierpreis durch billigen, daß man auf durchaus reelle Verhältnisse zurückkommt, dann könnte man das unmöglich allein bei der Papierindustrie durchführen, aus dem einfachen Grunde, weil diese so ein neuer Wettbewerb mit anderen Produktionsbetrieben vertritt, daß man hier einfach in das Gebiet der gesamten Wirtschaft hineingreifen müßte, und zwar auf allen Produktionsparten, wenn wir überhaupt zu diesen erwarteten Erfolgen kommen wollten. Ich erinnere nur an die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise in der letzten Zeit, an das, was der Dr. Abg. Dr. Niehammer hier bereits freies, an die kolossale Abhängigkeit der Papierindustrie von den Zellulosepreisen. Es sind Handelskammern an und herangebracht und haben den Wunsch geäußert, die sächsische Regierung möge doch auch für ein solches Verbot für Ausfuhr von Zeitungspapier eintreten. Hier, M. D. u. H., haben wir uns an einen bestimmten Grundgedanke gehalten. An sich kann deutscher Export niemals als etwas Schädliches betrachtet werden. Ich sage an sich und deshalb trete ich auch, rein volkswirtschaftlich betrachtet, dem einen Grundgedanke bei, den Dr. Abg. Dr. Niehammer hier ausgesprochen hat, in dem er sagte: volkswirtschaftlich ist es natürlich verständlicher, Fertigungspapier zu exportieren als den holländischen, also den Zellulosestoff. Das ist auch richtig, denn oberstes Prinzip bei dem Export für Teutland in unserer jetzigen Lage muß es sein, daß wir möglichst wenig Stoffe, aber möglichst viel Arbeit gleichzeitig exportieren. Der Antrag, die Ausfuhr von Zeitungspapier ganz zu verbieten, kann daher nur als Regierentscheidung angesehen und begründet werden. Solange die deutschen Zeitungen berechtigte Klagen führen konnten, daß es ihnen nicht gelang, in Teutland die nötigen Mengen Zeitungspapier zu bekommen, so lange war der Wunsch nach einer Ausfuhrverbote, und zwar berechtigt. In dem Augenblicke aber, wo ein Papiermangel nicht mehr in Frage kommt, kann im Interesse des deutschen Exportes von einer Ausfuhrverbote nicht mehr die Rede sein. Ähnlich hat sich auch der Dr. Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in einer der letzten Reichstagsdebatten ausgesprochen. Ohne Grund können wir selbstverständlich Exportbeschränkungen seiner Zustimmung, auch nicht der deutschen Papierindustrie, gefährden.

Es kommt außerdem noch ein Umstand in Frage, der außerhalb derjenigen Kreise, die direkt beruflich damit beschäftigt sind, zu wenig gewürdigt wird, das sind die alten Verträge, die unter allen Umständen erfüllt werden müssen, wenn wir nicht in unendliche Schwierigkeiten mit der Entente geraten wollen. Der sächsische Staat hat sich in unendliche Schwierigkeiten mit der Entente geraten und dafür deutet auch neuerlich an mich ergangene Verneinungen einer sächsischen Handelskammer hin, daß in den besetzten Gebieten des Westens entgegen der beherrschenden Meinung ein ungeheurer Exporthandel mit Papier auf sich zu machen in der Lage ist, und ich glaube, daß dieses Recht im Westen und auch in dieser Hinsicht gar außerordentlich zu schätzen macht, besonders deshalb, weil es natürlich

lich natürlich nicht erfüllt und noch kontrolliert werden kann. Das sind Umstände, die uns immerhin veranlassen, in allen diesen Fragen mit einer gewissen Vorsicht zu Werke zu gehen.

Reichszuschüsse zur Papierverbilligung zu gewähren, ist erstens nicht möglich, weil zu große Summen dazu erforderlich sind, wenn merklich die Papierpreise gedrückt werden sollen, zweitens nicht, weil die Entente und eine solche Zuschußwirtschaft unter keinen Umständen mehr gestattet. Anders ist es allerdings mit den Zuschüssen an die deutsche Presse aus einem Fonds, der aus den Exportprämien der Papierindustrie fließt.

M. D. u. H.! Ich betrachte in einer Beschlagnahme eines Teils der Exportprämien durchaus nichts Unerhörtes. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man im Rahmen des heutigen Wirtschaftsbetriebes nicht so weit gehen und sogar kann, sämtliche Exportgewinne werden vom Reich erfasst. Das halte ich im Rahmen unserer heutigen Wirtschaftsordnung nicht für möglich. Man wird einen gewissen Gehaltanspruch für Warenexport unter allen Umständen gewähren müssen, wenn man nicht den Export schädigen will. Daß aber das Reich einen wesentlichen Teil der Exportprämien für sich in Anspruch nimmt und dann unter Umständen in der Form des Ausgleiches einem notleidenden Gewerbe von der großen allgemeinen politischen Bedeutung, wie es das Zeitungsgewerbe darstellt, zukommen läßt, halte ich als etwas nicht nur durchaus in der Ordnung Liegendes, sondern als etwas durchaus Selbstverständliches und Entschuldigendes, und ich weiß nicht, ob nicht gerade dieser Seite der Frage die Reichsregierung bei der künftigen Regelung der Papierpreisfindung ein ganz erhebliches Augenmerk zuwenden sollte.

M. D. u. H.! Es bleibt auch noch sachmännlich einmal zu überlegen, ob es richtig ist, daß man auf der einen Seite nur Zwangsverbindungen den Zeitungspapierfabrikanten auferlegt, während man die übrige Papiererzeugung vollständig in freier Wirtschaft läßt, die übrige Papiererzeugung, die sicherlich ebenso große und weit höhere Gewinne heute abwirft, als es bei der Erzeugung des Zeitungspapiers der Fall ist, und es wäre bei einer künftigen reichsrechtlichen Regelung zu überlegen, ob man an der Verbilligung für die Presse nicht auch die übrigen Papierlieferanten, die nicht nur Zeitungspapier, sondern auch andere Sorten herstellen, anteilig teilnehmen läßt.

Es ist in Meinungsäußerungen der Handelskammer an das sächsische Wirtschaftsministerium ein einfacher Vergleich des Zeitungsgewerbes mit den übrigen Gewerben gezogen worden. M. D. u. H.! So oberflächlich darf man an die Lösung des Problems nicht herantreten, denn die Zeitung, sagen wir einmal als Konsumtionsgegenstand wie jede andere Ware, ist einfach mit anderen Waren nicht vergleichbar. Die Zeitung ist gewiß für jeden Kulturmenschen und für jeden Bürger eines modernen Staates eine unbedingte Lebensnotwendigkeit, aber eine solche ist erreicht der Preis der Zeitung, aber eine gewisse Höhe, dann steigt es zweifellos, daß mindestens die ungeheure Zahl der vielen indifferenter Menschen, die die Zeitung zwar gewohnheitsmäßig mitlesen, aber nicht geteilter werden von bestimmten Willensmeinungen und Prinzipien, dann einfach die Zeitung für entbehrlich hält, sie nicht mehr abonniert und dadurch selbstverständlich die wirtschaftliche Existenz der Zeitungen auf das allergeringste gefährdet. Es geht also unter keinen Umständen, die Zeitungen als Gewerbe schlechthin im allgemeinen Sinne des Wortes zu betrachten, und aus diesem Grunde bringt eigentlich der Antrag, der heute dem Landtag zur Beschlußfassung und Verweisung vorliegt, für die sächsische Regierung keinen neuen Zustand, denn was der Antrag fordert, das ist bisher und schon seit Wochen und Monaten gegenüber der Reichsregierung mit allem Nachdruck von uns geheißen. Was der Antrag aber vollständig vermissen läßt, das ist das, was wir bisher auch noch nicht ergründet haben, nämlich uns zu sagen, welchen zweifelslos richtigen Weg wir gehen können, um zu den gesuchten Zielen zu kommen. Die Regierung hat deshalb gegenüber dem Reichstag keine Bedenken einzuwenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Kompensation der Frage ist entstanden durch die Art und Weise, wie man, ich will einmal sagen, parlamentarisch oder in diesem Falle richtiger ausgedrückt unparlamentarisch die Sache im Reich behandelt hat. Im Reich wurde ein Initiativentwurf des Reichstages eingebracht, und zwar, wie jetzt zugegeben ist und wie wir wissen, zum mindesten mit dem Willen der Regierung. Die Länder und auch Sachsen haben es deshalb außerordentlich bedauert, daß man diesen Weg gegangen ist und somit bedauerlich, die Länder vor eine wiederum schon doppelte Aufgabe zu stellen, denn hätte sich im Reichstag für diesen Initiativentwurf eine Mehrheit gefunden, dann hätten die Länder im Reichstag überhaupt keine Möglichkeit mehr gehabt, sich dazu zu äußern, zum mindesten aber nicht die Möglichkeit gehabt, die Sache zu verhindern. Es ist aber jetzt in den Ausschussverhandlungen des Reichstages gelungen, wohl ganz besonders auf den Einspruch von Preußen, Sachsen und Bayern hin, daß der Reichstag dem Reichstage eine entsprechende Vorlage einbringen wird, und daß vor Einbringung dieser Vorlage die Länder erst noch einmal gehört werden sollen. Die sächsische Regierung hat ihre Bedenken gegenüber dem ersten beschriebenen Entwurf mit aller Deutlichkeit ausgedrückt. Tatsächlich mit aller Deutlichkeit ist sogar so weit, Bedenken gegenüber dem zweiten Entwurf zu äußern, ob das Reich an sich überhaupt berechtigt ist, einfach ein Verbot zu schaffen, das einen so tiefen Eingriff in die Vermögenslage der Länder bedeuten würde, wie es der beschriebene Gesetzentwurf tut.

Ich wollte deshalb zusammenfassend heute nur zum Ausdruck bringen, daß die sächsische Staatsregierung die Vorlage der Zeitungen voll würdigt, daß sie weiter wie bisher beim Reich bemüht sein wird, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Papierpreis nicht unermesslich in die Höhe getrieben werden darf, sondern eine Linie behalten muß, die den Zeitungen unbedingt die Weitererzeugung verbürgt, daß die sächsische Regierung aber auch über dem Widerstreit der Interessen fest und sich bemüht, die Dinge rein nüchtern und verstan-

bedmäßig von volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte aus zu betrachten, zu würdigen und dementsprechend zu handeln. Ich hoffe, daß es beim Reich noch möglich sein wird, eine Lösung zu finden, die die Presse in den Stand setzt, weiterzuleben.

Nicht unterlassen möchte ich, darauf hinzuweisen, daß in den letzten Reichstagsausschussverhandlungen von den Vertretern eines Bundesstaates darauf hingewiesen worden ist, daß man allerdings einen erheblichen Teil der heute in Deutschland erscheinenden Zeitungen sehr gut entbehren könnte. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein subjektiv kann man sich dieser Auffassung durchaus annehmen, denn was neben der gesunden politischen, sachlichen, künstlerischen, ethischen Richtung und Schmutz noch nebenbei für gewissermaßen Schund und Schmutz erscheint, das übersteigt allerdings die Erscheinungen eines jeden vorangegangenen Zeitalters, auch der neueren Zeitepoche. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin aber als Wirtschaftsminister und als Vertreter der Staatsregierung heute hier nicht dazu berufen, eine Untercheidung zwischen wähliger und unwähliger Presse zu machen. Jedenfalls haben wir keine rechtliche Möglichkeit, diesen Blättern ihre wirtschaftliche Existenz zu verbieten, so gern man es manchmal tun möchte im Interesse der Allgemeinheit und der guten Sitten. Wir müssen deshalb nun einmal auf diese Prekonventionen des allerhöchsten Charakters zunächst als wirtschaftliche Erscheinungen zwangsläufig mit in Kauf nehmen und in gewissem Maße auch ihre Interessen mit vertreten, (Widerstreit! rechts) um der guten Sache der übrigen unter keinen Umständen mit zu schaden.

Ich würde den Landtag bitten, die Schwierigkeiten dieses Problems auch von dieser Seite mit zu würdigen, die ich mir darzulegen gekonnt, weil wir als Staatsregierung von einem anderen Standpunkt aus eigener Initiative kaum zusehen können.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage.)

**Beim Landtag
neu eingegangene Druckfachen:**

Regierungsvorlage Nr. 121, betr. Ermächtigung der Regierung zur Aufnahme eines Kredits von 6 Mill. M. für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe des Wirtschaftsministeriums.

Zur Begründung wird folgendes angeführt:

Nach der Landtagvorlage Nr. 17 vom 7. Februar 1921 ist im außerordentlichen Staatshaushalt für 1922 als Übernahme und Betriebskapital für die Bewirtschaftung der ehemaligen Remontierbetriebe durch das Wirtschaftsministerium mit einer Gesamtschuld von 3200 ha ein Betrag von 8200000 M. vorgezogen worden. Bei der Feststellung des Haushaltsplans bestand der Plan, nach der Übernahme der Güter nur den dringlichsten Teil der Anschaffungen und baulichen Verbesserungen durchzuführen, im übrigen aber bei der Umstellung und zweckmäßigen Einrichtung der Betriebe langsam und schrittweise vorzugehen. Die Wirtschaften sollten aus den Erträgen der kommenden Jahre durch Ankauf von Vieh, Beschaffung der nötigen Maschinen und Geräte, Neubau und Wiederherstellung von Stallungen und anderen Wirtschaftgebäuden allmählich vervollständigt und so im Verlauf einer längeren Reihe von Jahren zu dem Ziele der höchsten Intensivität und höchsten Rentabilität gebracht werden.

Die inzwischen eingetretene weitere Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage zwingt indes dazu, den ursprünglichen Wirtschaftspläne zu ändern. Die Umstellung der Betriebe muß beschleunigt und wenn irgend möglich in 3 bis 4 Jahren durchgeführt werden, weil eine schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion immer mehr zu einer Lebenslage für das deutsche Volk geworden ist. Dazu reichen aber die zur Verfügung gestellten Mittel nicht aus. Dabei kommt nicht nur in Betracht, daß die Umstellung der Betriebe infolge der zunehmenden Entwertung des Geldes an sich für sich schon höhere Aufwendungen als ursprünglich vorgesehen erfordert, sondern daß auch erhebliche Mehranschaffungen von lebendem und totem Inventar und umfangreichere bauliche Verbesserungen nicht zu umgehen sind. Es erscheint auch deshalb dringend geboten, weil die Viehe, insbesondere für Maschinen und Vieh, ebenso wie die Kosten für bauliche Verbesserungen, eine andauernde starke Steigerung erfahren und demnach jede Vergrößerung zu einer weiteren Erhöhung des Anlagekapitals führt.

Zur Deckung des erforderlichen Geldbedarfes von 6000000 M. wird beantragt, Darlehen bei den drei landwirtschaftlichen Instituten in Sachsen unter hypothekarischer Pfandung der bewirtschafteten Güter anzunehmen. Es sollen bei den:

- a) die Güter in der Amtshauptmannschaft Großschönau mit 2,6 Mill. M. von dem Landwirtschaftlichen Kreditverein im Freistaat Sachsen zu Dresden,
- b) die Güter in der Amtshauptmannschaft Lobau, mit Ausnahme von Oberjohand, mit 2,4 Mill. M. von der Landwirtschaftlichen Bank des Sächsischen Markgrafentums Oberlausitz zu Bautzen,
- c) das Rittergut Oberjohand und das Kammergut Pilsnitz mit 1000000 M. von dem Landwirtschaftlichen Kreditverein in Sachsen zu Leipzig.

Sämtliche Darlehen sollen in 25 Jahren getilgt werden. Das erfordert eine weit höhereprozentige Verzinsung und Tilgung der Schuld. Es darf daher gerechnet werden, daß die Güter nicht nur diese finanzielle Verzinsung erfüllen können, sondern daß sie auch noch einen ansehnlichen Gewinn abwerfen werden und das um so mehr, weil die neue Anleihe zur Intensivierung der Betriebe und damit zur Steigerung der Ernte dienen soll. Die Regierung bitte um beschleunigte Erledigung der Sache.

